

## — Betriebsratsmitglieder weiterqualifiziert

Nach 13 Monaten berufsbegleitendem Studium haben 21 Teilnehmer des Studiengangs »Veränderungsmanagement« ihre Zusatzausbildung an der

Umstrukturierungsprozessen vorbereiten. Wichtige Themen der Ausbildung sind Konfliktmanagement, Projektmanagement, Unternehmensführung und Betriebswirtschaft. Der Studiengang endet mit einer Prüfung und einer Ab-

Informationen zum Studiengang Veränderungsmanagement gibt es auf der Internetseite der Ruhruniversität in Bochum.

[www.akademie.rub.de](http://www.akademie.rub.de) →

Veränderungsmanagement



Ruhruniversität in Bochum erfolgreich abgeschlossen. Nach ihren Abschlussprüfungen erhielten die Betriebsratsmitglieder sowohl ein Zertifikat der Bochumer Ruhruniversität als auch das bundeseinheitliche Zertifikat »Veränderungsmanagement« der Industrie- und Handelskammer in Bochum. Der Studiengang soll Arbeitnehmervertreter auf Führungsaufgaben in betrieblichen

schlussarbeit. In diesem Jahr haben die Absolventen Abschlussarbeiten über Projekte aus ihren Unternehmen vorgelegt, unter anderem über eine Initiative zur Arbeitsplatzsicherung, über Alternativen zum Outsourcing oder die Einrichtung eines Systems zur Hilfe von suchtkranken Beschäftigten. Derzeit läuft das Bewerbungsverfahren für den Studienjahrgang 2009/2010. Weitere

## — »Big Brother« Workshops 2009

Der Workshop zeigt, welche Überwachungsmöglichkeiten Arbeitgeber durch Internet, Intranet oder E-Mail haben und wie Betriebsräte die Beschäftigten vor unerlaubter Kontrolle schützen können. Anhand von praktischen Beispielen werden technische und juristische Probleme besprochen. Die Teilnehmer erarbeiten gemeinsam eine Betriebsvereinbarung zur Nutzung von Internet und E-Mail. »Big Brother«-Workshops bietet ver.di-innotec 2009 am 9. März und am 1. September in Berlin sowie am 19. Mai in Frankfurt an. Teilnehmen können auch Betriebsratsmitglieder, die nicht Mitglieder bei ver.di sind.

[www.verdi-innotec.de](http://www.verdi-innotec.de) → Termine

## Leiharbeit nicht im Entsendegesetz

# Unbefriedigende Einigung über Mindestlohn

Mit heftiger Kritik hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) auf den Kompromiss der Bundesregierung zum Mindestlohn reagiert. CDU/CSU und SPD hatten sich im Januar darauf verständigt, die Entsorgungsbranche, Pflegedienste, das Wach- und Sicherheitsgewerbe, Bergbauspezialdienste und industrielle Großwäschereien in das Entsendegesetz aufzunehmen. Die Leiharbeitsbranche mit zirka 700 000 Beschäftigten soll jedoch nicht unter den Schutz des Entsendegesetzes fallen. Für diese soll nach dem Willen der Bundesregierung lediglich eine Lohnuntergrenze im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz festgeschrieben werden. Wie hoch die Lohnuntergrenze bei der Leiharbeit liegen soll, wurde nicht entschieden.

Der DGB rechnet jedoch damit, dass sich diese Lohnuntergrenze auf dem Niveau des Dumping-Tariflohns bewegen wird, den die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) mit den Arbeitgebern vereinbart hat. Danach verdienen viele Leiharbeiter Stundenlöhne von 6,50 Euro und weniger. »Ganz offensichtlich hat sich hier die Union durchgesetzt und will Löhne umsetzen, die nicht Existenz sichernd sind«, sagte DGB-Vorstandsmitglied **Claus Matecki**.

In den Branchen, die nun in das Entsendegesetz aufgenommen wurden, werden die Tariflöhne vom Bundesarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt. Das bedeutet, dass die Tarifverträge auch für nicht tarifgebundene Unternehmen gültig sind. Mit Ausnahme des Wach- und Sicherheitsgewerbes handelt es sich dabei um Tarifverträge, die von DGB-Gewerkschaften mit den Arbeitgebern ausgehandelt wurden.

In der Entsorgungswirtschaft gilt zukünftig ein Mindeststundenlohn von 8,20 Euro und bei den Bergbau-Spezialdiensten von 10,29 Euro. Beschäftigte in Großwäschereien verdienen im Osten monatlich mindestens 1 393,74 Euro und im Westen 1 480,74 Euro.

**Reinhard Bispinck**, der Leiter des Tarifarchivs des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans Böckler-Stiftung, geht davon aus, dass das Thema Mindestlohn auch nach dem Beschluss der Bundesregierung weiter auf der politischen Tagesordnung stehen wird. »Das Problem, dass Millionen Menschen arm sind, obwohl sie arbeiten, wurde nicht gelöst«.